

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis:
Halbjährlich in Neuenbürg 75 Goldstg. Durch die Post in Ost- u. Oberdeutschland, sowie im Inland im Verh. 75 G. - P. m. Postzuschlag. Preise frei nach. Nachzahlung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldstg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Ersetzung der Zeitung od. auf Wiederherstellung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Verkaufsstelle: Dr. 24, O.S. - Postfach Neuenbürg.

Druck und Verlag des C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 157.

Donnerstag, den 9. Juli 1925.

83. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 8. Juli. Die Reichsgetreidestelle wird nun endgültig aufgelöst werden. Es wird ihr, da sie zu den Einrichtungen der Zwangswirtschaft gehört, wohl kaum eine Träne nachgeweiht werden. Die Restbestände der Reichsgetreidestelle werden in Handelskreisen auf annähernd 100.000 Tonnen geschätzt. Die Frage, wie sie verwendet werden sollen, ist noch nicht endgültig gelöst. Da das Inlandsangebot in Getreide gegenwärtig sehr gering ist, wird die Abstoßung dieser Getreidemengen keinen großen Schwierigkeiten bereiten.

Berlin, 8. Juli. Auf Anordnung der Vertreter der Länder werden voraussichtlich am Montag Kompromißverhandlungen über den Finanzansatz gleich stattfinden. — Die deutsche Antwort auf die Luftfahrtnote der Völkerbundkonferenz dürfte nicht vor zehn bis vierzehn Tagen erfolgen. — In einer Antwort auf eine kurze Anfrage teilte der bayerische Justizminister dem Landtag mit, daß die Vorarbeiten gegen Preissteigerung vor ihrer baldigen Aufhebung stehen.

Landesversammlung des Evang. Bundes.

Bei zahlreichem Besuch aus Stadt und Land und den verschiedensten Gegenden des Landes fand in Heilbronn die Landesversammlung des Evangelischen Bundes statt. Sie wurde vormittags durch einen von Stadtpfarrer Mayer-Vitt gehaltenen Festgottesdienst in der Michaelskirche eröffnet. Nachmittags brachte die Festversammlung im großen Saal der Harmonie die Begrüßungsreden durch Prälat Dopffel namens des Kirchenpräsidenten und des Evang. Oberkirchenrats, durch Oberbürgermeister Ventinger namens der Stadtverwaltung, durch Dekan Eitel namens der Kirchengemeinde Heilbronn, sowie durch die Vertreter des Evang. Volksbundes, des Ortsvereins des Evang. Volksbundes und des badischen Hauptvereins. Es folgten vier grundsätzliche Ansprachen von dem Landesvorsitzenden Oberkirchenrat Dr. Krosch, von Landesgerichtspräsident v. Mayer, von Prälat D. v. Hermann und Pfarrer Zeilen-Untergruppenbach. Bei der Abgeordnetenversammlung trug der Landesvorsitzende, der Schatzmeister, Direktor von Hartger und der Vorsitzende des ökonomischen Hilfsausschusses Prälat D. v. Hermann ihre Jahresberichte vor, aus denen sich ein Bild vielseitiger Tätigkeit ergab. Sodann wurde ein Aufruf an das evangelische Volk Württembergs beschlossen, worin es aufgefordert wird, zur Abwehr von Angriffen und Übergriffen und zur Wahrung der Güter der Reformation dem Evang. Bund zahlreich beizutreten. Ferner wurde nach einem sachkundigen Vortrag von Landesgerichtspräsident v. Mayer eine Entschließung angenommen, die sich gegen eine Regelung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat durch ein Konkordat mit der Kurie nach bayerischem Vorbild wendet. Vorbildlich sei vielmehr die in Württemberg getroffene Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat im Wege der staatlichen Gesetzgebung. Ein gemeinsames Mittagmahl schloß die bedeutsame Tagung. Für die Landesversammlung des Evang. Bundes im nächsten Jahr überbrachte Stadtpfarrer Schiel eine Einladung nach Cannstatt.

Protest gegen die Gebäude-Entschuldungssteuer.

Der Württ. Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbund e. V., Stuttgart, Königstraße 63, schreibt uns: Der Württ. Landtag hat erneut eine Erhöhung der sogenannten Gebäude-entschuldungssteuer beschlossen. Der Verband erhebt entschieden Einspruch gegen diese Sondersteuer, die eine ungerechte Belastung der Mieter wie der Hausbesitzer darstellt. Schon die Benennung muß als durchaus unangemessen abgelehnt werden. Wir bekämpfen aus das entscheidende, daß durch die Inflation eine Gebäudeentschuldung eingetreten ist; es kann demnach auch keine Gebäudeentschuldungssteuer geben. Die Gebäude-entschuldungssteuer stellt eine ungerechte Sonderbelastung dar, die eigentlich im Widerspruch steht zu Art. 134 der Reichsverfassung, wonach alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten beizutragen haben. Besonders ungerecht wirkt diese Steuer dann, wenn sie solche Hausbesitzer oder Mieter trifft, welche durch die Inflation verarmt worden sind. Es wäre zu wünschen, daß der Württ. Landtag darauf hinwirkt, daß diese Steuer so rasch als möglich beseitigt wird, und wenn er sofort dafür Sorge tragen würde, daß wenigstens die durch die Inflation Verarmten — Hausbesitzer oder Mieter — in weitestgehendem Umfang von dieser Steuer befreit werden.

Die Ursachen von Preissteigerungen.

An den eigentlichen Ursachen der Preissteigerungen der letzten Monate darf und kann man nicht ohne einmütigen letzten Monate kam man nicht ohne ein Wort dazu zu äußern vorbeigehen, denn im allgemeinen und in der Hauptsache liegt der Verbraucher in seinem Urteil nur allzu leicht in der Richtung, nämlich den Erzeuger für die Erscheinung der Verteuerung der Waren verantwortlich zu machen. Soweit es sich aber um Rohmaterialien, also landw. Erzeugnisse handelt, sind die diesbezüglichen Urteile zumeist ebenso wenig überlegt als scharf. Die den Handelskreisen sehr nabesiehbende Zeitung, das „Berliner Tageblatt“, äußert sich in einem am 26. Juni erschienenen Aufsatz über die Frage, wie folgt: „Daß nicht allein der Erzeuger schuld ist an den hohen Preisen, sondern zu einem sehr wesentlichen Teil auch der Handel, zeigt eine Statistik über das Verhältnis der Vieh- und Fleischpreise im Jahre 1913 und im Mai 1925. Für den Erzeugerpreis ist jedesmal die Grundzahl 100 eingesetzt. Die anderen Zahlen zeigen vergleichend die Steigerung der Preise bis zum Konsumenten:

	1913	1925.
Erzeugerpreis für Vieh	100	100
Großhandelspreis für Fleisch	155	195
Einzelhandelspreis für Fleisch (Braten)	219	339
Einzelhandelspreis für Fleisch (Kochfleisch)	186	272

Man sieht an diesen Zahlen deutlich den ungeheuerlichen Unterschied der Preise aus dem Jahre 1925 gegenüber den Preisen von 1913. Die Handelsverbände können sich nicht damit entschuldigen, daß die Steuerlast, die sie zu tragen haben, allein die Preissteigerung bedinge. Als kurz vor dem diesjährigen Pfingstfest die Preissteigerung auf dem Viehmarkt einsetzte, schneitete die Fleischpreise sofort in die Höhe, aber sie konnten sich nicht, als die Viehpreise sanken, sondern wurden künstlich hochgehalten, weil es keine mit genügender Macht ausgestattete Behörde mehr gibt, welche die Preise korrigiert. Als tieferen Grund für die Übersteuerung stellt das „Berliner Tageblatt“ fest, daß wir an einer „Ueberfülle von Handelsbetrieben“ leiden, welche die Preise verteuern helfen: „Eine Statistik der Bewegung in den Handelsbetrieben nach dem Berliner Handelsregister ergibt folgendes Bild: 1913 bestanden in Berlin 31.000 Handelsbetriebe, im Jahre 1919 39.500, im Jahre 1921 48.000 und im Anfang 1924 60.000. Das ist eine Vermehrung um 90 Prozent. Die Zunahme der Handelsbetriebe im ganzen Reich für die gleiche Zeit beträgt sogar 26 Prozent. Dazu kommt, daß es ja heute eigentlich kaum noch Marktreise gibt, sondern daß die Preise von den Großorganisationen, den Kartellen, festgesetzt werden.“ So eine Zeitung des Großhandels!

Jurisdiktion der Ruhrtruppen ins altsächsische Gebiet!

Eine Meldung der Münchener Neuesten Nachrichten aus der Pfalz besagt, daß die bisherigen Ruhrtruppen nicht abtransportiert, sondern ins altsächsische Rheinland und in die Pfalz geworfen werden sollen. Darum die Inspektionsreise des Marschalls Petain nach Speyer, Mainz usw.

Verzögerung der Amnestievorlage.

Berlin, 8. Juli. Die Amnestievorlage aus Anlaß des Präsidienwechsels wird, wie die „Vossische Zeitung“ jetzt meldet, vor den Sommerferien die Parlamente nicht mehr beschäftigen. In einer erweiterten Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit der Reichsregierung soll die Amnestievorlage erörtert und dann soweit gefördert werden, daß die Gesetzentwürfe fertiggestellt werden können. Da diese Konferenz auch der Beförderung der deutschen Antwortnote an Frankreich gewidmet sein soll, wird sie nicht vor Ende dieses Monats zu erwarten sein. Die Parlamente werden sich somit erst im Herbst mit der Amnestie befassen können.

Ausland.

Paris, 8. Juli. Die französische Regierung fordert von der Kammer einen Zuschuß von 800 Millionen Franken für Marokko.

Eine Erklärung der deutschen Delegation.

Paris, 8. Juli. Die deutsche Wirtschaftsdelegation übermittelte der französischen Presse folgende Erklärung: „Die deutsche Delegation bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Ratifizierung des Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder vor ihren Ferien ermöglicht werden konnte. Wie das am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichte Communiqué festgestellt hat, glaubt die deutsche Delegation, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten deutschen Exportartikel gemachten Konzeptionen — Chemikalien, Maschinenartikel, Kleinfabrikate, optische Erzeugnisse, elektrische Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren — nicht ausreichten, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für ein Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein, Wolle- und Baumwollgewebe, sowie Automobile anbetrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten sich auf wirtschaftlichem Gebiet kundgetan haben. Keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt und in irgend einer Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflusst. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage.“ Der französische Handelsminister Chaumet betonte der französischen Presse gegenüber, daß an dem guten Willen der deutschen Unterhändler nicht gemittelt werden könne. Aber sie wurden behindert durch Forderungen gewisser Industrieller und Landwirte. Andererseits habe Frankreich nicht die hauptsächlichsten Industrien anderer Länder sperren können. So hätten es eben die verschiedenartigen Interessen unmöglich gemacht, vor Beendigung der Parlamentssession, wie man es wünschte, zum Abschluß zu gelangen. Unter diesen Umständen hätten die deutschen Delegierten es vorgezogen, die Verhandlungen zu unterbrechen.

Hochspannung London—Moskau.

London, 8. Juli. Die Downing Street hat in den letzten Tagen wieder eine heftigste Tätigkeit entfaltet. Ein Komitee jagte den anderen. Außer der kritischen Lage auf industriellen Gebiet bildete die russisch-englische Frage den Hauptgegenstand der Besprechungen. Wie man von einer der Regierung nabesiehbenden Seite hört, wird die Lage als äußerst ernst betrachtet. Schwermiegende Entscheidungen liegen bevor. Die Sowjet-Gesandtschaft und die russische Handelsabteilung in London haben baldmöglichst die Mitteilung erhalten, daß eine plötzliche Ausreise aus England im Bereich der Möglichkeit liege. Ein Beamter des Foreign Office hat erklärt, daß die Einmischung der Sowjetregierung in die chinesischen Unruhen und in die kriegerischen Vorbereitungen des Generals Fung gegen England nunmehr als bewiesen anzusehen sei. Die Sowjetregierung lasse indirekt nach China Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial gelangen. Diese Munitionstransporte gingen über die Wlengozel. Der Sowjetbotschafter in London dränge zur Tat. Ferner wird an amtlicher Stelle mitgeteilt, daß in Frankreich bei den verhafteten Kommunisten Dokumente gefunden worden sind, aus denen hervorgeht, daß die Sowjetregierung die Kommunisten zu der antirevolutionären Bewegung in China anspornt und ihnen hierfür die Mittel liefert. England vertritt den Standpunkt, daß diese Propaganda einen Bruch der im Jahre 1921 geschlossenen Verträge darstellt. Tschitscherin hat in Peking gegen die Verhaftung der Kommunisten in Schanghai protestiert. Verschiedene russische Gewerkschaften fanden in der letzten Zeit nach China Geldbeträge zur Unterstützung der Revolution. Dagegen die Voge sehr ernst ist, hat sich das Kabinett Baldwin zu einem entschlossenen Vorgehen gegenüber Rußland noch nicht entschlossen. Einige Minister wollen den sofortigen Abbruch der Beziehungen und Ausweisung der russischen Diplomaten aus England, eine andere Gruppe würde sich mit dem Abbruch der Beziehungen allein begnügen. Man erwartet den russischen Botschafter Rafowski, der heute aus Berlin in London eintreffen soll. Chamberlain wird mit Rafowski konferieren. Es ist zu erwarten, daß die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen wird. Die russische Regierung scheint darüber entrüstet zu sein, daß in Genf eine antibolschewistische Konferenz stattfindet, an der sich zwanzig Nationen beteiligen. An dieser amtlicher Stelle wird erklärt, daß sich an dieser Konferenz kein englischer Vertreter beteiligt. England wünscht mit Rußland in Frieden zu leben und beabsichtigt sogar mit Rußland eine Erweiterung der Handelsverträge zu erörtern. Dem Ministerpräsidenten Baldwin ging ein Schreiben des Vorsitzenden des englischen Gewerkschaftskongresses zu, in welchem gesagt wird, daß die englische Regierung ein großes Interesse daran hat, wenn die Beziehungen zwischen England und Rußland wieder normalen Charakter erhalten. Das Schreiben empfiehlt dem Ministerpräsidenten Baldwin, mit Fachleuten alle einschlägigen Fragen genau zu prüfen, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

General Fung über Chinas Forderungen.
Peking, 7. Juli. Der sogenannte „christliche“ General Fung, der sich augenblicklich bei dem Hauptquartier seiner Truppen in Szechuan befindet, wurde von der United Press telegraphisch über die Möglichkeit einer Befriedung Chinas befragt. Der General antwortete: „Nach meiner festen Überzeugung kam die augenblickliche Krise nur durch die Annaherung der China aufgezogenen ungerichten Verträge gelöst werden. Wenn dieser Forderung der Gerechtigkeit Genüge getan wird, dürfte die Beilegung der übrigen internationalen Streitfragen nur noch eine Frage der Zeit sein. Aber kein Land kann im Frieden leben, solange im fernen Ost der exterritorialen Fremdenviertel Herrscher gegen seine Sicherheit und Ruhe konspirieren können. Auch der von den Fremdenvierteln unter dem Schutz der fremdenstaatlichen Behörden betriebene blühende Waffen- und Opiumsmuggel ist eine immerwährende Quelle von Konflikten und Unruhen. Die einzige direkte Lösungsmöglichkeit liegt in der Annahme der chinesischen 13 Punkte durch die englischen Behörden in Schanghai. Wir haben keine Antipathie gegen die Mehrzahl der Engländer in China, die aufrichtige Friedensfreunde sind. Wir wenden uns aber gegen die zügellose Minderheit, die eine imperialistische, unser Volk bedrückende Politik treibt.“

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. Sitzung des Gemeinderats am 7. Juli. Die Einrichtung der neuen Wannenbäder im Schulhaus wurde an Stadtbauvermeister und Inspektoren Franz Kainer vergeben, die Ergänzung der Zentralheizung daselbst der Firma Fischer in Stuttgart.

Für ein Darlehen zum Wohnungsbau wird Bürgerschaft der Wohnungskreditanstalt gegenüber übernommen.

Als Nachbar bzw. noch eingetragener Grundbesitzer stimmt die Stadtgemeinde dem Bauvorhaben des Sicdelungsvereins hier zu.

Der Kraftwagen-Gesellschaft m. b. H. Neuenbürg-Derrenalb-Wildbad, welche seit Jahren dem Bezirk durch verhältnismäßige Anpassung an die Verkehrsbedürfnisse und uneigennütige, nur auf die Interessen der Allgemeinheit eingestellte Betriebsführung sich ganz besondere Verdienste um Stadt und Bezirk erworben hat, wurde neuerdings seitens der Reichspostdirektion Karlsruhe eine Kontingentszufahrt auf der Strecke Derrenalb-Wildbad ohne Notwendigkeit entgegengesetzt. Dadurch werden zweifellos städtische und Bezirksinteressen mitschädigt, insofern, als der Kraftwagen-Gesellschaft ein Teil ihrer Sommererlöse entzogen und dadurch ihre Leistungsfähigkeit für den Winterbetrieb auf den verschiedenen Linien, der erhebliche Zuschüsse erfordert, gemindert wird. Vom Gemeinderat wird nach eingehender Erörterung der Sachlage beschlossen, Protest zu erheben gegen das durch keinerlei Bedürfnis gerechtfertigte Eingreifen der Reichspost in das Tätigkeitsfeld der Kraftwagen-Gesellschaft Neuenbürg-Derrenalb-Wildbad und gegen die damit verbundene Schädigung städtischer- und Bezirks-Interessen. Das Vorgehen der Reichspost ist unso unverhältnißmäßig, als die Kraftwagen-Gesellschaft stets noch gemeinnützigen Grundbesitz ihren Betrieb geführt und dem Bezirk schon zu einer Zeit gedient hat, zu welcher sich die Reichspost noch lange nicht veranlaßt sah, den Verkehrsbedürfnissen von Stadt und Bezirk Neuenbürg in neuzeitlicher Art Rechnung zu tragen.

Für Durchführung der Erweiterung des Bezirkskrankenhauses nach dem vorliegenden Lageplan bedarf die Antikörper-Vereinigung von der Stadtgemeinde in den Jahren 1926 von dem Bürgergrundstück Bors. Nr. 733 einen Geländebeschnitt von etwa 2 Ar 40 Quadratmeter. Außerdem

Anzeigenpreis:
Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldstg. - P. m. Postzuschlag. Rekl.-Zeile 50 Goldstg. m. Postzuschlag. Anzeigen 100 Goldstg. - P. m. Postzuschlag. Offerte und Ankaufserklärung 20 Goldstg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmefehlens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. **Verlagspreis Nr. 4.** Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gebühr übernommen.

ute gemeinam
Verhandlungen
Es wurde be-
m 15. Septem-
ben und daß die
rt werde, nach
wird, die wirt-
nd Deutschland
nd andere Land
alles Beschrän-
überverbot und
wohlwollend zu
chon jetzt einige
en beiden Tele-
ratssekretär Dr.
is bleiben.

t, daß der neue
agen nach Wä-
rtung eine lä-
ünde des Gene-
ebotenen Ober-
bekannt. In
ral Guillaume
ollen, weil er
für zu gehen
den ihm zu
Troy der am-
nehmen stwichen
ird die Entsch-
offt hier allge-
ast. Es erregt
im Vegetarier
verlangt unter
Frankreich? Die
den Abendsblat-
Bainisch drin-
die schweren
u Deben.

end

vom

uf

str.

latur,

Zeitungen, gibt
großen Mengen
Der Enztäler“.

notwendig. Als Lausobjekt für die abzutretende Fläche bietet die Amtsförperschaft den unverwertet bleibenden Rest des Grundstücks Parz. Nr. 741 an. Neben diesem Grundstücksstück ist die Frage zu regeln über die Tragung der Kosten für Verlegung des Oberhäuser Wegs. In diesem Zusammenhang wird auch von der Amtsförperschaft angefragt, ob die Stadtgemeinde bereit wäre, ihre zur Finanzierung des Ausbaus d. d. Grundstücke als Hilfsfänger für ein Anlehen bis zur Höhe von 200 000 RM. zu stellen. Vom Gemeinderat wird heute über die Fragen beraten und es kommt zum Ausdruck, daß die Stadtgemeinde gerne bereit ist, das für den Bezirk notwendige Bauvorhaben nach Kräften zu unterstützen. Demgemäß wird vom Gemeinderat beschlossen, 1.) das zu dem Bau und der Verlegung des Oberhäuser Wegs erforderliche städtische Gelände im Kauf, wie oben angeführt, ohne Aufgeld an die Amtsförperschaft abzutreten. 2.) Der Amtsförperschaft die Genehmigung zur Verlegung des Oberhäuser Wegs nach dem vorliegenden Plan zu erteilen und für die Auslage zu machen, den neuen Weg ordnungsmäßig in dem Zustand, in dem der alte ist, wieder herzustellen und der Amtsförperschaft hiesu einen Kostenbeitrag aus der Stadtkasse in Aussicht zu stellen, dessen Höhe nach Vorliegen des Kostenvoranschlags festzustellen wird. Der Gemeinderat geht davon aus, daß wegen der Verschönerung und der Ausführung durch die Amtsförperschaft an zweifelsfrei ist. 3.) Die Bereitwilligkeit auszusprechen, der Amtsförperschaft Neuenbürg städtische Grundstücke im Wert von 100 000 RM. als Hilfsfänger für ein Anlehen bis zur Höhe von 200 000 RM. vorbehaltlich höherer Genehmigung zur Verfügung zu stellen. 4.) Zum Abschluß der nötigen Verträge und Abgabe der Erklärungen vor dem Grundbuchamt den Stadtschreiber Gehlert zu bevollmächtigen.

In einer weiteren Anfrage des Oberamts wegen des d. d. Bezugs zum Kautschukbau hat der Gemeinderat unter Bezugnahme auf vorstehende Beschlüsse Stellung genommen.

Der Vorbericht bringt dem Gemeinderat den Sparereisatz der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 18. Juni 1925 zur Kenntnis und erhält Bericht über die Beratungen des Stadtrats des Schwarzwalddistriktes vom 3. Juli d. J. und die den Gemeinden durch die Maßnahmen der Regierung drohende Notlage infolge Abwälzung von Schulden vom Staat auf die Gemeinden, welche hier jährlich 6000—7000 RM. ausmacht. Durch diese Maßnahmen sind die Gemeinden gezwungen, ihre Steuern entsprechend zu erhöhen.

Das Ergebnis des Langdoliverkaufs vom 3. d. Mts. mit einem Erlös von durchschnittlich 145 Prozent der Lage wird vom Gemeinderat genehmigt und der Aufschlag an die höchstbietende Firma Krauth & Co. erteilt.

Den Herren, welche sich bei der Volks- und Berufsabzählung als Wähler betätigt haben, wird eine kleine Entschädigung bewilligt.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt und aus der Mitte des Kollegiums auf die drohende Auswanderung der Bismarckarbeiter aufmerksam gemacht war, wurde die Sitzung am 9 1/2 Uhr geschlossen.

Wetterbericht. Von Westen dringen Störungen vor, die für Freitag und Samstag Fortsetzung des zeitweilig bedeckten, aber nur schwache regnerischen Wetters erwarten lassen.

Schönberg, 7. Juli. (Mitgliedbeirung.) Am Sonntag, den 5. Juli durfte das langjährige, leider zur Zeit schwerkranke Schwarzwalddistrictmitglied Wilhelm Götz eine schöne Ehrung seines Wanderfreunde erleben. Der Tag brachte zugleich die schönsten Beweise des guten Geistes im Verein. Auf der Wartungstrasse Oberlempenhardt-Waisenhof an der Straße nach Igelsloch steht eine alte, sehr interessante Buche. Diese hat sich der Schwarzwalddistrictverein Schönberg erworben, um seinem treuen Führer eine Pflanz zu errichten. Dösch eigenhändig, mit Riesel, Schaniel, Säge, Leil und Hammer haben die Ausschussmitglieder eine schöne Pflanz geschaffen und einen feinen Jungbaum angelegt. Alle, die hinzu kamen, waren erfreut über dieses idyllische Klätzchen und über die schöne Anlage. Am Sonntag nun war die Einweihung dieser Ruhebank. Der Ehre brachten wir unsern Wilhelm Götz dorthin und eine würdige holländische Pflanzwanderfreunde und Freundinnen begleitete ihn und freute sich mit ihm. Herr Vorstand Starz hielt die feierliche Einweihungsrede mit überaus warmen Worten. Am Schluß bestete er Herr Götz das silberne Ehrenband an. Welche Uebersiedlung, denn niemand mußte davon. Wie stimmungsvoll die Einweihung und die Ehrung war, kann ich am besten dadurch zeigen, wenn ich sage, daß in manden Augen heimlich eine Träne glänzte. Herr Schlüter sprach im Namen seines Freundes innigen Dank

für die Ehrung. Nach Ablauf der schönen Feier nahmen viele Mitglieder den Weg nach Oberfölsbach unter die Fichte zum kleinen Ausflug zurück über Jainen. Ueberall sah man Freude und Freundschaft. Die Ausnahmen, die gemacht wurden, zeigen wiederholt: Möge sich Herr Götz noch manchmal zur kürzeren oder längeren Zeit auf seiner Pflanz niederlassen und sich bald wieder einer guten Gesundheit erfreuen!

Büroverrat

Volzingen a. E., 8. Juli. (Vorfall beim Baden.) Abends haben mehrere Buben im Mühlkanal beim Wajachhaus oberhalb der Engbrücke. Der Sohn einer hiesigen Familie geriet an eine tiefe Stelle und wurde von der Strömung hilflos fortgetragen. Nur dem energischen Eingreifen eines Herrn, der in voller Kleidung bis über die Brust ins Wasser sprang, ist es zu verdanken, daß der Junge, der bereits bewußtlos war, vom Tod des Ertrinkens gerettet wurde.

Stuttgart, 8. Juli. (Schwundelhaftes Bankunternehmen.) Gestern begann vor dem Großen Schöffengericht die Verhandlung gegen den früheren „Bankier“ Eugen Höpfer von hier und den der Verhältnisse beschuldigten Kaufmann Heinz Manz von hier. Höpfer hat im März 1924 eine Bank in Schwabingen gegründet und es sich verstanden, sich bei dem damaligen Geldmangel einen größeren Kundenkreis zu verschaffen. Es gelang ihm auch, von der Württembergischen Landesbank einen größeren laufenden Kredit zu erhalten, ebenso einen Einmalbetrag von der Dr. Vogelsang Bank in Stuttgart. Als Sicherheiten für diese Gelder mußte er Grundschuldbriefe vorpfänden und hielt für diese Gelder ein persönliches keine veranwortete Kapital in Zahlung. Da er persönlich keine veranwortete Mittel besaß, ließ er sich diese Schuldbriefe von den Grundschuldbriefinhabern geben, von denen er auch Kapital verlangte. Die erhaltenen Wechsel füllte er teilweise recht aus, nachdem sie unterschrieben waren und die Ausfüllung war in den meisten Fällen das mehrfache des von Höpfer auf die Darlehensnehmer nachträglich ausgezahlten Betrags. Die Differenz verwendete er für sich selbst. Unter anderem kaufte er zwei Automobile an. Bereits im August, als der Konkurs ausbrach, also noch kaum fünf Monaten, war eine Schuld von etwa 35 000 Mark vorhanden, für die nimmt die Grundschuldbriefinhaber, deren Verfügungen er der Landesbank in offenes Depot gegeben hatte, haften. Manz ist als Angehülter der Bank beschuldigt. Wesentlich beteiligt erscheint der nachgelagerte Notar Schwäger von Schwabingen, der keinen der Grundschuldbriefinhaber die richtige Verfügung gegeben hatte, jedoch diese Leute, durchweg Landwirte von Schwabingen und Umgebung, nicht im Klaren darüber waren, was sie mit der Ausfüllung der Grundschuldbriefe taten. Die Verhandlung dürfte mehrere Tage dauern. Es sind zwei Sachverständige und 63 Zeugen geladen.

Stuttgart, 8. Juli. (Zwei kaufmännischen Arbeitsmarkt.) Durch die zum Viertelsjahresbericht auszufordernden Kundigungen sind wieder sehr viel ältere Angestellte betroffen, wie wir dem Bericht der Stellungsvermittlung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Stuttgart, Bismarckstraße 7, entnehmen können. Bedauerlich ist außerdem, daß die Kundigungen zum 30. Juni umfangreicher als in den letzten vorausgesetzten Jahren waren. Aus den Freistellen Sachsen, Baden und Württemberg liegen jedoch zuverläßliche Berichte vor, die erkennen lassen, daß die zunächst schon einsetzenden Kundigungen im Vergleich zu der Gesamtbeschäftigung verhältnismäßig gering sind. Im Ruhrgebiet merken sich die Kundigungen verhältnismäßig großen und hätten katastrophal aus. Der kaufmännische Arbeitsmarkt zeigt im allgemeinen kein zuverlässiges Gesicht.

Stuttgart, 8. Juli. (Ein bedauerliches Verbrechen.) Als im Herbst vorigen Jahres die Anlieferung von Frischmilch nach Stuttgart sich außerordentlich steigerte, so daß sie nicht abgeholt werden konnte, wurde in der Milchzentrale die überschüssige Milch über das erlaubte Maß hinaus durch Zusatz von Sodalaug neutralisiert, um sie vor dem Verderben zu retten. Aber die so neutralisierte Milch war verdorben und für Säuglinge gefährlich. Gleichwohl wurde sie an die Milchhändler abgegeben. Die Beschwerden über saure Milch nahmen damals auffallend zu und führten zu Untersuchungen. Jetzt wurde der erste Geschäftsführer der Milchzentrale wegen schuldiger Uebertretung des § 11 des Nahrungsmittelgesetzes zu 120 Mark Geldstrafe verurteilt. Die beiden mit der Neutralisierung beauftragten Angestellten erhielten je 50 Mark Geldstrafe.

Ludwigsburg, 8. Juli. (Todesfall.) Gestern starb hier ein Ehrenbürger der Stadt, Gemeinderat Otto Hoffmeister, Ehrenvorsitzender des Turnvereins Schwaben, im Alter von 64 Jahren. Hoffmeister gehörte von 1910 bis 1912 dem Landtag an und hat sich sowohl im Landtag als auch insbesondere um die Turnfrage große Verdienste erworben.

Winnenden, 8. Juli. (Krankheit aber nicht.) Eine Postkarte, die nicht weniger als 13 Jahre von Crailsheim nach Winnenden brauchte, traf kürzlich hier beim Westfalen ein. Die Karte trägt die Stempel Crailsheim, 28. September 1912* und Winnenden, 3. Juni 1925*. Wo sie in dieser langen Zeit geblieben ist, ist schwer zu sagen. Jedenfalls ist sie da oder dort in einem verdorrten Ort festgehalten geblieben und erst nach und nach zum Vorschein gekommen.

Kottweil, 8. Juli. (Kircheneinbruch.) Wegen des Kircheneinbruchs in Houlen am Thann fällt das Schöffengericht folgendes Urteil: Anton Reber von Houlen a. Th. erhielt vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Robert Kerber von Braunshausen vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Hermann Balge, Arbeiter von Wulfsenstadt, 3. Jahre Ehrverlust und sechs Jahre Ehrverlust. Albert Jung von Pfirben vier Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die Kaufverträge hatten am 17. Juli 1923 den Tabernakel erbrochen und seines Inhalts beraubt. Die Häftlinge waren im Garten zerstreut vorgefunden worden. Aber erst später gelang es, der gottlosen Freier habhaft zu werden und die hartnäcklich Leugnenden der Tat zu überführen.

Schweningen, 8. Juli. (Zur Stadtverordnetenwahl.) Gewerbestammann Reichert-Stuttgart hat seine Bewerbung um die hiesige Stadtverordnetenwahl zurückgezogen, so daß also von den 14 Bewerbern nur noch Amtmann Dr. Lang von Langen-Stuttgart als Kandidat zur Wahl steht.

Volzingen, 8. Juli. (Die Mäuse im Schmalzhafen.) Nicht wenig überfordert war eine hiesige Hausfrau, als beim Kochen ihres Schmalzhafens aus einer Höhlung fünf tote Mäuse zum Vorschein kamen.

Ulm, 8. Juli. (41. Landesturnfest.) Die Deutsche Turnerschaft hat heute rund 1 700 000 Vereinsmitglieder und ist damit weltweit der größte Leibesübungen treibende Verband im Deutschen Reich. Die gesamte Deutsche Turnerschaft ist in 18 Turnkreise eingeteilt, hier von bildet Württemberg mit Hohenzollern zusammen den 11. deutschen Turnkreis Schwaben. Dieser 11. Turnkreis hält in 3 Wochen sein Landesturnfest in Ulm ab, das seit 1902 nicht mehr in den Mauern Ulms stattgefunden hat. Eine gewaltige turnerische Arbeit wird in den Tagen des 25. bis 27. Juli in Ulm geleistet. Die Schwäbische Turnerschaft wird der Öffentlichkeit zeigen, was sie auf dem Gebiet der Leibesübungen aller Art aus ihren 94 000 Vereinsangehörigen heraus zu leisten vermag. Kraft und Gewandtheit, feuchter Sinn, patriotischer Geist und deutscher Volksbewußtsein bedecken die Tage des Schwäbischen Landesturnfestes, von dem wir hoffen, daß sich auch dieses Fest den früheren Schwäbischen Turnfesten würdig anreihen und in turnerischer Beziehung einen weiteren Nachweis in der Geschichte der schwäbischen Turnerschaft bilden wird.

Süßen, 8. Juli. (Wahlkreiser Viehtransport.) Beim Transport eines zum Schlachten bestimmten Tieres verunglückte der Gefelle von Metzgermeister Joh. Eble in Groß-Süßen schwer. Eble hatte seinen Gefellen beauftragt, den Stier in Unterböhningen zu holen. Als nun der Gefelle nach geraumer Zeit nicht zurückkehrte, wurde ihm zur Hilfe jemand eingeschickt. Auf der Höhe des Göttingerpfahles fand man nun den Gefellen mit dem Stier in einer tiefen „Klinge“ liegen. Wie die beiden in diese Klinge geraten sind, ist unklar. Der Metzgermeister trug eine schwere Gebirgserschütterung davon; der Stier dagegen kam heil davon.

Hall, 8. Juli. (Das Los des Vogels.) Den Angehörigen des jugendlichen früheren Nationalratsabgeordneten Heinrich Dörsch von hier ist die Nachricht zugegangen, daß er in den Karolinenbädern gefallen ist. Er war in der französischen Fremdenlegation.

Von der Lauchert, 8. Juli. (Ein letzter Fischzug.) Ein Jünger St. Peter ging mit zwei Karolinen auf den Fischzug. Da es gerade geregnet hatte, hatten die Fischer ziemlich Glück. Aber, o Mitleid! Plötzlich hing der Fischhaken selbst an der Angelhaken. Der Angelhaken hatte das rechte Ohrspeckchen durchschlagen und mußte vom Arzt entfernt werden.

Die Beschäftigten in Württemberg. Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamts sind im Jahre 1924 im Deutschen Reich rund 440 000 Ehen geschlossen worden. Das sind rund 141 000 weniger als im Jahre 1923 und rund 22 000 weniger als im Jahre 1913 auf dem gleichen Gebiet. Am betrüblichsten sind die Hamburg und Berlin, von den Ländern steht an letzter Stelle Württemberg und Hohenzollern.

Vorläufiges Ergebnis der Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925.

Stuttgart, 7. Juni. Von zehnjähriger Seite wird mitgeteilt: Württemberg hatte am 16. Juni 1925 eine ortsanweisende Bevölkerung von 2 591 340. Die Ziffer kann sich allerdings — nach Prüfung des gesamten Erhebungsmaterials durch das Statistische Landesamt — vielleicht noch etwas ändern. Gegenüber der Volkszählung am 8. Oktober 1919 mit 2 518 775 Einwohnern ohne die 788 am 8. Oktober 1919 noch im Land gefangenen Kriegsgefangenen, ergibt sich eine Zunahme von 72 575 — 2,9 Prozent, gegenüber der Volkszählung am 1. Dezember 1910

Gelegenheit zu sparen haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in Anzügen, Mänteln, Gummimänteln, Codenjoppen, Windjacken u. Arbeitshosen bei mir decken.
Franz Gratz, Herren- u. Burschenkollektion, Pforzheim, Lapp-St. 7A, 11r.

Dunkle Mächte.

1) Kriminalroman von Friedr. E. Zöllner.
Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 60, 1925.
1. Kapitel.

Berlin W. befand sich in heller Aufregung. Alles, was mit Rang und Namen den nötigen Reichtum verband, begann „Nerven“ zu bekommen. Wie ein Alp lag es über Lebensfreude und Festelust. Man hing bereits an, sich gegenseitig mit argwöhnischen, misstrauischen Augen zu betrachten, man wurde wachrisch und damit spärlicher in der Auswahl seiner Gäste, man zitterte bei Beginn der Gesellschaft vor dem Ende, man war in beständiger aufgeregter und aufregender Erwartung des Augenblicks, der wieder einen neuen bisherigen Zuschauer zum Teilnehmer, zum lebenden Teil des großen, geheimnisvollen, nervenzerzählenden Erlebnis machen würde, unter dem die Gesellschaft von Berlin W. jetzt schon seit einigen Wochen litt.

Auf unbegreifliche, geradezu unheimliche Art und Weise verschwanden seit Wochen aus den reichsten, angesehenen Häusern ohne Unterschied des Standes wertvolle Schmuckstücke, ohne daß es bisher der Polizei gelungen war, auch nur die geringste Spur der Täter aufzufinden.

Die Spitzhunden — niemand zweifelte mehr daran, daß es sich um mehrere, ganz gewiegte Burden handeln mußte — gingen bei ihrem lichtischen Tun mit einer ungläublichen grenzenden Frechheit und Treffsicherheit vor, die nur durch ganz genaue Erkundigungen und eine bis ins kleinste gehende Kenntnis der in den beschlossenen Häusern herrschenden Verhältnisse erklärlich waren.

Obwohl die Polizei gleich beim ersten Diebstahl an Ort und Stelle erschienen war, hatte sie es nicht verhindern können, daß fast in jeder Woche die Zahl der Bestohlenen sich vermehrte.

Alle erdenklichen Mittel wurden angewandt, um sich gegen die unbekannten Thäner zu schützen, die Behörde bot ihren ganzen verfügbaren Beamtenapparat

gegen sie in Zivil zugehen, denen der Ruf besonderer Fingigkeit voranging, alle Anwesenden wurden heimlich, aber äußerst scharf beobachtet, doch alles half nichts — die Diebstähle wiederholten sich in derselben geheimnisvollen Weise, als kümmerten sich die betrogenen Burden nicht im geringsten um eine etwaige Gefahr.

Die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als sich eines Morgens die Nachricht verbreitete, daß der Gast des allgemein bekannten und verehrten Kommerzienrates Schwarzwälder, der im Tiergartenviertel eine prächtige Villa bewohnte, während der Nacht der gesamte Schmuck vom Nachtschiff weg gestohlen worden war. Man war zunächst geneigt, trotz der schlimmen Erfahrungen, die man mit der furchtbaren Diebstahlschere bereits gemacht hatte, an einen schlechten Scherz zu glauben. Als aber Erkundigungen im Hause der Bestohlenen ergaben, daß das Ungeheuerliche auf Wahrheit beruhe, da setzte ein Sturm auf das Polizeipräsidium ein, der jedoch keinen nennenswerten Erfolg hatte. Man versicherte den um ihr eigenes Hab und Gut Besorgten, daß seit Wochen bereits alle verfügbaren Kräfte zur Aufklärung der geheimnisvollen Verfälle verwendet würden, daß man es aber mit überaus schlaunen Gegnern zu tun habe, und daß bisher nicht die geringste Spur von ihnen entdekt worden sei.

Im Hause des Kommerzienrates Schwarzwälder war indessen der Kriminalinspektor, der schon seit langem die Verbrecherbande zu ermitteln versuchte, mit der Beweisaufnahme beschäftigt.

Er hegte keinen Zweifel daran, daß auch dieser neueste Fall denselben Tätern zuzuschreiben sei, die jetzt schon Berlin W. um mehr als eine Million erleichtert hatten.

Wieder ergab sich gar nichts, was auf eine Spur hätte führen können.

Der Fall lag diesmal geradezu hoffnungslos.

Die Kaffeete, die den Schmuck enthalten hatte, fand noch genau so, wie Frau Schwarzwälder sie gestern abend hingestellt hatte.

Das Schloß zeigte nicht die geringste Beschädigung.

Es war offenbar mit einem Ruckschlüssel geblüet worden.

Beide Watten verfielerten, auch nicht den geringsten Laut vernommen zu haben. Alles im Zimmer war unverändert, wie beide übereinstimmend ausfragten. Sämtliche Fenster waren von innen verriegelt, die zum Korridor führende Tür verschlossen, die andere, die ins Ankleidezimmer mündete, noch genau so angelehnt gewesen, wie sie immer zu sein pflegte.

Auch das Ankleidezimmer, dessen einzige Tür auf den Flur hinausging, wies nichts auf, was verdächtig oder irgendwie auffällig hätte sein können. Obwohl der Kriminalinspektor fest davon überzeugt war, daß die Diebe nicht im Hause zu suchen seien, bestand er doch darauf, sofort mit sämtlichen Bewohnern ein Verhör aufzunehmen.

„Wer ist außer Ihnen beiden während der Nacht hier anwesend?“ fragte er den Kommerzienrat, dessen schmales Gesicht die Aufregung gerötet hatte.

Walter Schwarzwälder fuhr sich mit der ringförmigsten Keinen Hand über die piegelnde Glatze.

„Es war keiner aus meinem Hause, Herr Inspektor“, entgegnete er, mutlos den Kopf schüttelnd.

„Ganz gleich, Herr Kommerzienrat, also, darf ich um Antwort bitten?“

„Ja, ja, natürlich! Außer Emil, meiner Tochter, ist noch Wilhelm da, der Kutcher, Fräulein Hertwig, die Köchin, und Hanna, das Mädchen. Die beiden Ausschließ-Wädchen schlafen außer dem Hause.“

„So möchte ich zunächst das gnädige Fräulein sprechen.“

„Sie wird noch nicht anwesend sein, Herr Inspektor“, entgegnete Frau Schwarzwälder, eine mittelgroße, ergaute Dame, die völlig erschöpft in einem Sessel lehnte. „Emil pflegt jeden Morgen die Messe zu besuchen. Auch heute morgen ist sie dort. Sie weiß noch gar nichts von dem schrecklichen Verfall, da ich erst später aufstehen pflege und natürlich den Diebstahl erst entdeckte, als ich völlig angeleidet war und zum Frühstück hinübergehen wollte.“

(Fortsetzung folgt.)

Ergebnisbruchs
grüdes Urteil:
Zuchthaus und
zig oder Jahre
f, Arbeiter von
vervoll. Albert
übrigen Anger-
am 17. Juli
beraubt. Die
en. Aber ist
erben und die
bl.) Gewerbe-
den 14 Gewer-
stort als Kan-
hosen.) Nicht
im Nachhinein
hülle zum Vor-
Turnerschaft
damit wehnen
rutschen Reichs.
eingetret.
am 11. Juli
in 3 Wochen
mehr in den
nerliche Arbeit
die Schwabische
im Gebiet
insangehörigen
früher Sinn.
beherrschen die
ir hoffen, daß
aufstellen würde
in Markstein in
ed.
Wiesentropf.)
es unangenehm
Süßen schwer.
Unterbrüngen
zu zurückzuziehen,
der habe des
in dem Bier in
in Klänge geraten
schwere Gehirnan-
en Angehörigen
ich Hieroff von
Karlsruhe (Mannheim
ian.) Ein Länger
Da es gerade
Aber, o Mägde-
ngelichtwur. Der
gen und mußte
den Ausweisen
Deutschen Reich
nd 141 000 weis-
im Jahre 1913
die Damburger
le Württemberg
Betriebszählung
ed mitgeteilt:
wiederende Be-
erbungs — nach
rüb das Stati-
n. Gegenüber
73 Einwohnern
Land gebildet
in 72 573 = 2,9
Dezember 1910
wenn Sie Ihren
mimanteln,
rbeitslofen
n, Leop.-St. 7A, 17.
Äffel gebildet
t den gering-
im Zimmer
und ausgehten.
regelt, die zum
e andere, die
so angelehnt
einzigste Zü-
auf, was ver-
sein können.
davon über-
seife zu suchen
mit sämtlichen
end der Nacht
lenort, dessen
hatte.
it der ring-
gelnde Glanz.
se, Herr Ja-
pöf schüttelnd.
at, also, daß
einer Tochter,
lein Hertwig.
Die beiden
use.“
dige Gedulien
in, Herr Dr.
eine mittel-
öpst in einem
ge die Resse
ie dort. Sie
schen Borfell.
e natürlich den
angeleidet war
e.“
regung folgt.)

mit 2 437 574 eine solche von 1 537 766 = 63 Prozent. Bei allen drei Jählungen war das weibliche Geschlecht in der Mehrheit. Auf dieses entfielen nämlich

im Jahr 1910: 1 245 182 Personen = 51,1%	der Gesamtbevölkerung
1919: 1 323 629 „ = 52,5%	
1925: 1 343 548 „ = 51,8%	

Im Vergleich zu Baden, das nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Landesamtes am 16. Juni 1925 eine vorwiegend männliche Bevölkerung von 2 319 581 Köpfen, im Jahr 1910 eine solche von 2 142 833 aufwies, somit seit 1910 um 176 748 Einwohner = 8,7 Prozent sich vermehrt hat, ist die Zunahme in Württemberg mit 6,3 Prozent wesentlich geringer. Auch im Vergleich zu den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung im ganzen Reich (jedoch ohne Saargebiet), die sich nach der Joben in der Presse erschienenen Bekanntgabe des Statistischen Reichsamtes auf 62 468 762 Einwohner (davon 30 168 033 männliche und 32 300 729 weibliche) berechnet, dagegen am 1. Dez. 1910 auf dem heutigen Reichsgebiet 57 795 369 Einwohner betragen hatte, steht Württemberg mit seiner Bevölkerungszunahme erheblich zurück. Im Reich war sie in der genannten Zeit rund 4,8 Millionen Menschen oder 8,1 Prozent. Auf 1 Quadratkilometer entfielen durchschnittlich:

1925: 1919: 1910:	
im Deutschen Reich (ohne Saargebiet)	132,9 125,9 122,9 Ekm.
in Württemberg	132,8 129,1 125,6 „

Baden.

Wörzheim, 7. Juli. Wegen Breitscheiberei wurden die Güteragenten Michael Angele und Christian Jant von hier zu je 1000 Mark Geldstrafe oder zwei Monate zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Weiter wurde der übermäßige Gewinn in Höhe von 1440 Mark eingezogen.

Reinthal, 8. Juli. Die Unterdrückung in der Noedsache an dem verheirateten Arbeiter Thome hat die Verhaftung der ganzen Familie des bereits in Haft genommenen Samenhändlers Wagner zur Folge gehabt und weiterhin wurde der Schuhmacher Fr. Meiser als Mitwisser des Verbrechens festgenommen. Die Verdacht scheint nach einer Mitteilung der „Reinthaler Zeitung“ in der Nacht zum Samstag in der Wohnung des Samenhändlers Wagner begangen worden zu sein. Dann wurde die Leiche des Ermordeten auf dem Hofwerk des Wagner fortgeschafft und zwischen Hambrüden und Wiesental in den Waagbach geworfen. Mitarbeiter an dem Fuhrwerk und den Heiden des Wagners führten zu seiner Ermittlung. Der Grund zu der schauerlichen Tat dürfte in einem Erbverleumdungsverdacht und Drohungen des Thome gegenüber Wagner zu liegen sein.

Vermischtes.

Der Engel auf der Lokomotive. In Mittelburg in Transsilvanien drang ein 17jähriges Mädchen in den Schuppen eines Güterbahnhofs, kletterte auf eine Lokomotive, die gerade unter Dampf stand, und fuhr mit nichts als nichts davon. Als sie auf der Strecke einem Güterzuge begegnete, gab sie gefächelt Gegenwind und ließ den Zug an einer Ausweiche vorbeifahren. So konnte die sofort benachrichtigte Polizei das schwebende Dampfgeschiff gerade noch anhalten, als dessen Weiterin sich eben anbot, wieder weiterzufahren. Zum Erkennen der Verfolger fanden sie das Mädchen in eine Dampfwolke gehüllt, aber im übrigen nur so bekleidet wie Eva im Paradies. Das Mädchen erklärte, es wolle in den Himmel fahren und habe sich deshalb als Engel gekleidet. Die Döcker merkten sofort, daß das arme Geschöpf geisteskrank war, und da es ihr an Abstieg zur Erde fehlte, hielten sie sie über die Luft zum Dampf genommen und dabei immerhin eine Tat begangen, deren die wenigsten von uns fern normalen Engeln fähig wären.

Der blaue Vogel als Detektiv. Mrs. Ella Miller, die Frau eines New Yorker Theaterdirektors, war im März bestohlen worden. Ihr waren wertvolle Schmuckstücke abhandeln gekommen. Einem Morgen hörte eine der Nachbarinnen des Mrs. Miller, während sie ihr Zimmer aufräumte, das verzweifelte Zwitschern eines Vogels. Sie schaute nach dem Tierchen und stellte fest, daß das Zwitschern aus dem Kamin kam. Sie arbeitete jetzt mit einem Besen im Kamin herum. Auf einmal fiel ihr eine Reisetaste zu Füßen und gleich darauf flatterte aus Staub und Kohlenstaub ein blauer Vogel heraus. Als die Nachbarin die Reisetaste anheftete, fand sie die bei Mrs. Miller gestohlenen Juwelen. Die Polizei, die herbeigerufen worden war, stellte nun fest, daß der Dieb die Reisetaste dort verborgen hatte, um sie später abzuholen. Sie nahmen nun einen jungen Mann fest, der eine Etage höher wohnte. So hatte sich der blaue Vogel als trefflicher, wenn auch ungewollter Detektiv bewährt.

Neuere Nachrichten.

Stuttgart, 8. Juli. Die Kommunisten des würt. Landtags haben sich entschlossen, im Landtag einen selbständigen Antikriegsfraktion zu bilden, für eine Annahme einzubringen, der für alle wegen kommunistischer Politik und damit zusammenhängender Straftaten Verurteilten und Verurteilten Straffreiheit fordert. Da die kommunistische Fraktion nicht die für einen solchen Antrag erforderlichen 15 Stimmen zählt, fragt es sich zunächst, ob die Sozialdemokraten ihr dabei die Unterstützung leisten, die die Sozialdemokraten von ihnen fordern.

München, 8. Juli. In der Vollerhebung des bayerischen Landtages wurde heute mittig ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der noch bestehenden Bestimmungen des Ausnahmehaushaltes abgelehnt. Wegen des Antrags stimmten die Koalitionsparteien geschlossen. Der sozialdemokratische Stängel erklärte, daß zur Zeit die Regierung noch nicht ganz auf den Ausnahmehaushalt verzichten könne. Eine Milderung der Bestimmungen wurde in Aussicht gestellt.

Zweibrücken, 8. Juli. Nach einem fröhen Verhaftungsbescheid vom 6. Juli wird die in der Pfalz parolierende inaktive Division am 10. Juli nach Marokko ab. Die Familien der Offiziere und Mannschaften haben zum gleichen Tage die Pfalz zu verlassen.

Frankfurt a. M., 8. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Das Gericht hat über das Bankhaus Marcus & Co. in Wiesbaden die Geschäftsaufsicht verhängt. Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt 1,3 Millionen Mark. Demgegenüber hat die Firma einen Debitorenstand von rund einer Million, nämlich Mittel von 100 000 Mark und einen Immobilienbesitz von 500 000 Mark, jedoch der Firma noch ein Überfluß verbleiben würde.

Limburg, 8. Juli. In der heutigen Nachmittagsung wurde zunächst noch eine Reihe weiterer Zeugen vernommen, die mit Angerstein nach der Mordnacht gesprochen hatten. Der Hausarzt Angerstein, Dr. Höfer aus Dillenburg, bekundete als Sachverständiger, daß Angerstein aus einer tuberkulösen belasteten Familie komme. Er habe ein chronisches Herzerleiden, geistige oder Herzerkrankungen habe er bei dem Angeklagten nie beobachtet. Die Verhandlung wird am Donnerstag vormittag 8 Uhr fortgesetzt. Es werden dann weitere Zeugen und Sachverständige vernommen. Für Freitag ist die Erhaltung der Gutachten der Hauptfachverständigen vorgesehen. Die Verhandlung werden am Samstag stattfinden. Mit der Urteilsverkündung ist Samstagabend zu rechnen.

Dresden, 8. Juli. Auf der Dresdener Vogelwiese entfiel am Mittwochabend etwa 20 Hamburger Zimmerer, die zwei sich leblich gegenüberstehenden Organisations angeben, eine Wesselsche. Dabei wurde laut Polizeibericht einer der Beteiligten ge-

tötet und einer schwer verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Dresden, 8. Juli. Ein auswärtiger Kraftwagenführer fuhr in der Nacht zum Dienstag in der Nähe von Hernsdorf in den Erweggraben, wobei seine mitfahrende Ehefrau und dem sich überschlagenden Wagen erdrückt, der Kraftwagenführer selbst schwer verletzt wurde.

Berlin, 8. Juli. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch die Vertreter des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine zum Vortrag über die Lage und die Wünsche des deutschen Haus- und Grundbesitzes. Ferner empfing der Reichspräsident Delegierte des Hauptverbandes des Reichsbundes deutscher Mieter, welche ihm über die gegenwärtige Lage der Mieter und deren Anträge zur Mietspreiserhöhung und zur Forderung der Wohnungsnot Wünsche vortrugen.

Berlin, 8. Juli. Die Bronzebüste des verstorbenen Reichspräsidenten Hert ist jetzt in dem Reichstagsgebäude vor dem Reichstagszimmer provisorisch auf einer Holztafel aufgestellt worden. Der Sockel wird voraussichtlich in Marmor ausgeführt werden. An der gleichen Stelle stand bisher die Büste des Generalfeldmarschalls von Moltke. Ueber die endgültige Aufstellung wird eine Sitzung des Ausschussauswahls des Reichstages heute entscheiden.

Berlin, 8. Juli. Auf Wunsch der Regierung wird die außenpolitische Debatte im Reichstag erst nach Ablegung der Note an Frankreich stattfinden; der Auswärtige Ausschuss wird aber schon vorher gehört werden. — Der Kulturbetrag der Reichsregierung tritt den Vätern zufolge Mitte nächster Woche zusammen, um zu der Luftfahrtnote Stellung zu nehmen. Erst nach dieser Konferenz ist eine weitere Entscheidung der Reichsregierung vorgesehen. — Der preussische Barometerversuch hielt nach den öffentlichen Zeugniserwartungen, die im wesentlichen nichts neues brachten, noch eine kurze vertrauliche Sitzung ab und vertagte sich dann bis Ende September.

Stettin, 8. Juli. Bei der Strömung Sojaldemokratischer Kreise beachtete heute morgen Feuer aus. Dasselbe griff rasch um sich und scherte das Lager ein. Der Schaden ist beträchtlich. Das Feuer ist durch eine Explosion von Benzin beim Neigen der Maschinen entstanden.

Wladimir, 8. Juli. Frau Wlady Ledebere, die Frau des Doktors Ledebere, mit dem sie den Bürgermeister Kodelba ermordet hatte, wurde heute zum Tode durch den Strang verurteilt. Ihr Schwager Alexander Ledebere wurde freigesprochen.

Paris, 8. Juli. Die letzten Nachrichten aus Tria lauten wiederum ungünstig. Eine Reihe weiterer Stämme fiel ab. Außerdem heißt es in dem offiziellen Communiqué, daß die Abholer ihre Auftritte verdupelt haben, insbesondere den Apollonismus zum vollkommnen Stillstand zu bringen. Die Auftritte der Abholer ergaben besonders in der Gegend von Adolla, 22 Kilometer von der Straße von Tria nach Taza einseitig. Man schließt daraus auf einen Angriff an dieser Stelle.

Paris, 8. Juli. Die Wälder der Marokkokonferenz ist plötzlich beendet worden. General Jordano, Mitglied des Direktoriums, erklärte heute zur allgemeinen Heberzeugung, daß die Konferenz beendet ist. Der Abgeordnete Malon, Führer der französischen Abordnung, rief heute morgen nach Paris zurück.

Sofia, 8. Juli. Das Kriegsgericht in Philippopol verurteilte von den 27 angeklagten Kommunisten aus Calowa 11 zum Tode und 14 zu insgesamt 70 Jahren Kerker, während zwei freigesprochen wurden.

Roskau, 8. Juli. Die Gnabengedichte der Eltern Kindernamen und Wollschö, sowie des Verteilerges der Dittmar sind dem Zentralratkomitee am 4. Juli zugangs. Kollin hat verfügt, daß die Vollziehung des Urteils vorläufig ausgesetzt werde, bis der Ausschuss des Reichstages der Zentralratkomitee über die persönlichen Gnabengedichte Kindernamen und Wollschö vorliegen.

Roskau, 8. Juli. Am Schluß seines Gnabengedichtes schreibt der verurteilte Student Dr. Kindermann wörtlich: Ich bitte das Todesurteil aufzuheben. Mein einzigster Wunsch ist, mein Leben zu entscheiden, daß es der Gnade, um die ich bitte, würdig wird. Zudem ist nachmals meine Augenlichtigkeit, die Aufrechterhaltung des in mir vorliegenden Unschwangs und die resolutionen Vergangenheit meines Vaters betone, welche ich ergebnis mein Gnabengedicht ein in der Hoffnung auf die Nachsicht der Sowjetregierung.

New-York, 8. Juli. Der Finanzmann, Wirtschaftspolitiker und Weltkämpfer Bernad Baruch stiftete einen Betrag von einer Viertel-Million Dollar für die Walter-Dodge-Schule, die sich der Pflege der internationalen Beziehungen widmet. Zweck der Stiftung ist, über die Kriegsverhältnisse eine Untersuchung anzustellen, um festzustellen, in welcher Weise Ereignisse aus dem Weltkrieg erzieht worden sind. Baruch beabsichtigt, in den Schulen anderer großer Kulturstaaten gleichartige Gründungen ins Leben zu rufen.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 8. Juli. Im Landtag wurde heute die Beratung des Etats des Arbeits- und Ernährungsministeriums fortgesetzt, wobei zunächst Staatsrat Rau sprach, der erklärte, die Frage des Fortbestandes dieses Ministeriums hänge zusammen mit der Ordnung der Reichsregierung und der Behörden überhaupt. Das Ziel sei, das Ministerium als solches für die Wirtschaft aufrechtzuerhalten, wozu auch die Sozialpolitik gehöre. Die Lage der württembergischen Industrie sei bedauerlich. Es herrsche eher Arbeitermangel als Erwerbslosigkeit. Auch die Arbeiterfrage habe an der augenblicklichen Blüte der Industrie Anteil, denn die Lohnentwicklung in Württemberg sei so, daß gerechte Wünsche der Arbeiter ihre Erfüllung gefunden hätten. Der Durchschnitt der Löhne betrage 161 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit, der Lebenshaltungsindeks 138 Prozent. Daher sei die Behauptung, daß die gesamten Löhne auf die Arbeiterkraft abgelaufen würden, eine erhebliche Übertreibung. Der Reichsbahndirektion Stuttgart sollte der Redner Anerkennung dafür, daß sie die durch den Krieg herbeigewirkte Wirtschaftliche Entkatastrophe wieder auf eine erträgliche Höhe gebracht habe. Für die Erhaltung der Verhältnisse auf den Bahnhöfen aber verdiene die Reichsbahndirektion keine Anerkennung. Wenn die Behörden einmal anfangen, konsequent zu handeln, so komme nichts Gutes dabei heraus. Konsequent bedeute nicht wirtschaftlich, denn wirtschaftlich zu denken und zu handeln, sei Pflicht. Die württembergische Regierung sei aber bereit, zum Weiterbau der Nebenbahnen 7,5 Prozent der Restsummen anzubringen. Leider seien die Verhandlungen mit dem Reich noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Oberpostdirektion Stuttgart verdiene Anerkennung dafür, daß sie immer verständig habe, die württembergischen Interessen durchzusetzen. Bedauerlich sei der Flugverkehr in Württemberg. Die wirtschaftliche Entwicklung müsse selbst dazu führen, daß überflüssige und nicht wirtschaftliche Betriebe angeschlossen werden. Der Abg. Wälder (S.) bemängelte die von Staatsrat Rau über die Arbeitslöhne vorgelegten Zahlen und polemisierte weiterhin scharf gegen den Neuenbund, der den Rat zur Arbeit nicht aufdränge, gleichzeitig Regierungs- und Oppositionspolitik treibe, sowie Stadt und Land vererbe. Diese Ausführungen brachten in das Haus große Unruhe und der Abg. Dr. Höfner (S.), der sie in Antisemitischen als unerhöht, kindisch und albern bezeichnet, zog sich einen Ordnungsruf zu. Abg. Dr. Strödel (S.) wies die Erklärungen als unzureichende Behauptungen und Verleumdungen zurück. Eine solche Verleumdung einer Partei sei noch nicht gleich vorgenommen. Man müsse jetzt den ganzen Stall atomisieren, den die Sozialdemokratie hinterlassen habe. Auch bei den Erklärungen dieses Redners herrschte im Hause große Unruhe und man hörte immer wieder die Glocke des Präsidenten. Nachdem dann noch die Abgeordneten Albert Fischer (Komm.) und Wälder (Sog.) gesprochen hatten, wurde das Kap. 31 Ministerium genehmigt und ein Antrag Dingler (Sog.), die Landespreiskasse aufzuheben, wegen die die Stimmen von Sog., Komm. und Wäld. angenommen. Eine längere Aussprache mußte sich auch an das Kap. 32 (Zentralstelle für die Landwirtschaft), wobei

mehrere Abgeordnete insbesondere für den Schutz der Landwirtschaft durch Zölle und für die Erhaltung des Weinbaus eintraten. Weiter Wünsche bezogen sich auf den landw. Unterricht, Feldbereinigung, Vieh- und Pferdezucht, sowie Vieenzucht. Staatsrat Rau erklärte, es sei unbedenklich, daß die Landwirtschaft ohne ausreichenden Zollschutz gelassen werden könne, wenn die Industrie Zollschutz genieße. Solange man von Hochschutzzöllen umgeben sei, könne man keine Freihandelspolitik treiben. Für die Weingärtner sei eine Kredithilfe eingeleitet. Die Syndikate hätten eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Schließlich wurden Kap. 32 (Zentralstelle für die Landwirtschaft) und Kap. 33 (Landgeleit) angenommen und die Weiterberatung auf morgen vormittag vertagt.

Zur Aufklärung.

Offen, 8. Juli. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, wird das Gebiet von Sattingen, Stadt und Land, bis zum 20. d. M. geräumt. Jeun Tage vor dem endgültigen Abmarsch der französischen Truppen sollen die Zivilbehörden und französischen Familien abtransportiert werden. Die anlässlich des französischen Nationalfestes am 14. Juli stattfindenden militärischen Paraden in Offen und Bockum deuten nicht darauf hin, daß am 15. Juli geräumt und kein französisches Militär mehr im östlichen Teil des Ruhrgebietes sein wird. Eine Festigung der Meldung über das Verbleiben der nicht uniformierten französischen politischen Polizei im Ruhrgebiet auch nach Abzug der Truppen ist bisher nicht erfolgt. Anzunehmen ist, daß es sich nur um einzelne Kommandos handelt. In den Städten Offen, Duisburg und Mülheim ist von einem Abzug der französischen Besatzungstruppen bisher noch nichts festzustellen, ebenso sind in diesen Städten keinerlei Quartiere freigegeben, noch sonst Räumungsmaßnahmen erlassen worden. Die Stadtverwaltung von Neudlinghausen teilt mit, daß der Abmarsch der Besatzungstruppen voraussichtlich in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Die Bevölkerung wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß der Abzug der Truppen keineswegs gleichbedeutend ist mit der endgültigen Räumung und Freigabe des Stadtgebietes. Nach den bisherigen Mitteilungen gilt das Stadtgebiet von Neudlinghausen vielmehr bis zum 15. August als besetztes Gebiet.

Berlin, 8. Juli. Die Umgruppierung der Besatzungstruppen ist noch nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen zwischen dem englischen und dem französischen Oberkommando über die Verlegung des englischen Hauptquartiers sind noch im Gange und auch die Platzweise des Oberkommandierenden der Rheinlandkommission, Tirard, hat in dieser Hinsicht zu keinen bestimmten Abmachungen geführt. Die Engländer legen den größten Wert darauf, ihr Hauptquartier in zu erhalten, daß England die nördliche Besatzungszone schon wegen der Verbindungen mit der Heimat erhält. Zeitweilen scheint dagegen bereits, daß die Rheinlandkommission und das englische Hauptquartier auf jeden Fall örtlich getrennt sind.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden, 8. Juli. Der Landtag lehnte heute mit 49 zu 38 Stimmen die von den Antisemiten und Kommunisten beantragte Landtagsauflösung ab. Käufer den Antragstellern wurde erklärt, daß die Auflösung des Landtags nicht in dem Sinne, außer den Sozialdemokraten und der Volkspartei, die 2 rechtssozialistischen Abgeordneten, die damit wohl endgültig das Nichtsein zwischen sich und den Radikalen geschnitten haben. Wie man noch erfährt, ist am Dienstag der kommunistische Landtagsabgeordnete Böcker auf Verzicht seiner Fraktion eilends geflüchtet, da er bei der von den Kommunisten gefürchteten Landtagsauflösung, die sie allerdings selbst beantragten, seine sofortige Verhaftung zu befürchten hätte.

Aus den Reichstags-Ausschüssen.

Berlin, 8. Juli. Der Ausschuss des Reichstages vollzog die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Ablösung öffentlicher Anleihen. Zum § 27 des Gesetzentwurfes, der den Anhalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtsvereine, sofern ihnen Abfindungsrechte zustehen, die sie als Anleihenbesitzer erlangt haben, auf Antrag 15 Jahre hindurch eine Wohlfahrtsrente gewährt werden, wurde folgender Absatz angefügt: „In gleicher Weise ist den in Artikel 137 der Reichsverfassung bezeichneten öffentlich rechtlichen Gesellschaften nach dem Maßstab der Konfessionsstatistik auf 15 Jahre eine Wohlfahrtsrente von jährlich 5 Millionen Mark zu erweisen.“ Die Sozialdemokraten und die Kommunisten verließen bei Behandlung dieses Antrages den Saal, indem sie auf die Kollage der Anleihenbesitzer hinwiesen, für die nicht genügende Geldmittel vorhanden seien, während für religiöse Gesellschaften im Jahr eine Rente von 5 Millionen Reichsmark ausgeworfen werde. Bei den Schlussvorschriften hatte der Ausschuss gefast beschlossen, daß denjenigen Besizern von Anleihen, die insgesamt weniger als 500 Mark haben, eine Parafinanzung von 15 Reichsmark für je 100 Mark des Nennbetrages zu gewähren sei. Hierzu erklärte ein Regierungsbekannter die Abweisung so kleiner Anleihenbesitzer als unheimlich. Der Ausschuss beschloß deshalb, daß nur den bedürftigen Anleihenbesitzern derart entgegengekommen werde. Von den hierzu verbleibenden Beträgen soll den im Inland wohnenden Reichsbürgern, die Anleihenbesitzern im Gesamtsummebetrag von weniger als 1000 Mark, durch Antrag eine Parafinanzung von 8 Reichsmark für je 100 Mark des Nennbetrages gewährt werden, sofern ihr Jahreseinkommen den Betrag von 1500 Reichsmark nicht übersteigt. Damit war die dritte Lesung des Anleihenabfindungsgesetzes erledigt und der Ausschuss vertagte sich.

Der Rechtsausschuss des Reichstages behandelte heute grundsätzlich die Frage der Bekämpfung des Duells im Rahmen des Militärstrafgesetzbuches. Eine Mehrheit des Ausschusses — Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten — bei Stimmenthaltung der Deutschdemokraten ist grundsätzlich für eine Regelung der Duellfrage im Rahmen des Militärstrafgesetzbuches. Die übrigen Parteien einschließlich der Bayerischen Volkspartei befanden ihre abweichende Meinung.

Der dreizehnte Barometerversuch hielt nach den öffentlichen Zeugniserwartungen, die im wesentlichen nichts neues brachten, noch eine kurze vertrauliche Sitzung ab und vertagte sich dann bis Ende September.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Juli. Der Fall Best, der sich leider durch die jüngsten Vorgänge im Außerordentlichen Ausschuss vom rein sachlichen zum noch auf das persönliche Gebiet ausgedehnt hat, zieht immer weitere Kreise. Herr Dr. Best sah sich wegen der gegen ihn gerichteten Angriffe veranlaßt, in der Reichstagsung vom Mittwoch vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung abzugeben, in der er die Beantwortung zurückwies, daß er

**Geburts-
Tages-
Karten-
Künstler-
Postkarten**

in schöner Auswahl zu haben in der
E. Weichsden Buchhandlung, Neuenbürg.

ein Interesse an der Hypothekenaufwertung habe. Unter lebhaften Hör! Hör!-Rufen der Linken verlangte Dr. West die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, eine Forderung, mit der er mindestens im gegenwärtigen Augenblick der hochgepannten innenpolitischen Situation hätte warten können, zumal wir auch zurzeit mit derartigen Einrichtungen reichlich versorgt sind. Das Haus selbst setzte nach der kurzen Pause von zwei Tagen die zweite Lesung des Reichshaushaltplanes fort und behandelte den Abschnitt für den Friedensvertrag und für die Kriegskosten. Den Ausschussbericht erstattete der Zentrumsvizepräsident von Guérard. Vom Ausschuss ist eine Entschließung vorgelagert worden, die die Reichsregierung auffordert, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß bei der Räumung des Sanktionsgebietes und der ersten Besetzungszone eine entsprechende Verminderung der gesamten Besatzungsmacht erfolge und eine stärkere Belegung der zweiten und dritten Zone vermieden werde. Einen kurzen Ueberblick über die derzeitigen Verhältnisse im besetzten Gebiet gab der Reichsminister Dr. Freuden. Er ging vom Abbruch des passiven Widerstandes aus. Damals habe man, um den Wünschen der rheinischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, ein Reichsministerium für die besetzten Gebiete als Zentralstelle innerhalb der Reichsregierung geschaffen. Das Ministerium habe sich durchaus bewährt und müsse bestehen bleiben, solange die Verhältnisse es erfordern. Die Aufgaben des Ministeriums beständen in der Fürsorge für die bedrückte Bevölkerung, ihrer Entschädigung und der Behandlung ihrer Wünsche und Beschwerden. Eine besondere Aufgabe des Ministeriums bestehe in der Ermöglichung der Rückkehr der Ausgewiesenen. In der Aussprache wandte sich der deutschnationalistische Abgeordnete Dr. Tröbner gegen die politischen Ziele der Franzosen am Rhein. Eine Loslösung des Rheinlandes von Preußen würde die Loslösung vom Reich bedeuten. Der Abgeordnete stellte die Loslösung vom Reich als die einzige Lösung dar, die für die Rheinländer deutsch und national sei und daß es sich bei der Jahraufendfeier um ein wahres deutsches Volksfest handle. Die Jahraufendfeier sei ein Dokument deutscher Arbeit und deutschen Arbeitseifers. Darauf kam ein Beratungsantrag zur Annahme. Der Präsident schlug den Donnerstag für die nächste Sitzung vor. Wie in den letzten Tagen kam es auch am Mittwoch wieder wegen der außenpolitischen Aussprache zu heftigen Auseinandersetzungen. Den Anlaß gaben die Kommunisten, die sich mit dem Beschluß des Kabinettsrats und des Auswärtigen Ausschusses nicht zufrieden geben wollten. Ihr Antrag, schon am Donnerstag in die außenpolitische Debatte einzutreten, der durch die Sozialdemokraten und die Volksfröhen unterstützt wurde, verfiel jedoch der Ablehnung.

Indiscretionen.
 Berlin, 8. Juli. Aus der heutigen Debatte im Auswärtigen Ausschuss glaubt das "Berliner Tageblatt" noch folgende Einzelheiten mitteilen zu können: Dr. Freischeidt hätte besonders den Reichsaussenminister darauf hingewiesen, daß er

doch selber eine Aussprache im Plenum über den Sicherheitspakt verlangt hätte. Dr. Stresemann hätte darauf erwidert, er stehe grundsätzlich auch heute noch auf diesem Boden. Es hätten sich aber doch Bedenken erhoben gegen eine Aussprache vor Ablegung der Rote, worauf ihm erwidert worden sei, daß dieselben Bedenken dann doch auch für die Zeit nach der Ablegung der Rote gelten. Der deutsch-demokratische Führer, der Abg. Koch, hatte sich rein sachlich gleichfalls für eine Erörterung im Plenum vor der Ablegung ausgesprochen. Es sei unbedingt notwendig, zu wissen, wie die Regierung eigentlich zur auswärtigen Politik stehe. Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss sind vertraulich. Es ist nicht gerade erfreulich, daß mit diesem Brauch neuerdings bald hier, bald da gebrochen wird. Das muß zur Folge haben — und hat diese Folge zum Teil auch schon gehabt —, daß die Regierung mit allen ernsthaften und wirklich diskreten Dingen auch vor dem Auswärtigen Ausschuss hinter dem Berge hält, wodurch die Institution des Auswärtigen Ausschusses ihren eigentlichen Zweck einbüßen muß und entwertet wird.

Der Kabinettsrat.
 In der heutigen Sitzung des Kabinettsrats des Reichstags lehrten der Reichsminister Dr. Luther und der Reichsaussenminister Dr. Stresemann die Gründe auseinander, weshalb eine außenpolitische Debatte im Reichstag vor der Ablegung der deutschen Rote nicht opportun erscheint. Eine Einigung über den Termin der Debatte wurde unter den Parteien nicht erzielt. Die Mehrheit war entschlossen, diese Debatte nicht vor der Ablegung der Rote stattfinden zu lassen. Dem widersprachen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Volksfröhen. — Im übrigen ist über den Geschäftsplan des Reichstags noch zu sagen, daß am Freitag die beiden Anwertergesetze für Dvotbesen und öffentliche Anleihen im Plenum zur Beratung gelangen und diese Beratung bis Mittwoch zu Ende geführt sein soll. Demnächst werden die Steuererlasse vom Plenum in Angriff genommen werden.

Dr. Freund zum Moskauer Urteil.
 Berlin, 8. Juli. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des "Abt-Abendblattes" faßt der aus Moskau zurückgekehrte Rechtsanwalt Dr. Freund seine Eindrücke dahin zusammen, daß die Angeklagten durch ihr mehr als ungeklärtes, zuweilen auch anmaßendes Auftreten dem Gericht keine Aufgabe ungewöhnlich erleichtert hätten. Nichtsdestoweniger sei er der festen Überzeugung, daß das Moskauer Urteil ein Fehlurteil sei, das sich aus Verletzung einer Reihe von unglückseligen Umständen erkläre und das nach seiner Meinung kaum vollstreckt werden dürfe. Ueber die Aufnahme des Urteils durch die Angeklagten erzählt Dr. Freund noch, daß Kindermann und Wolsch den Spruch sehr geküßt entgegennahmen, während Dittmar freibleiblich wurde, da er offenbar für sich einen ganz anderen Ausgang, gewissermaßen als Lohn für seine belästigenden Aussagen, erwartet hatte.

Polnische Spion im Dienste Frankreichs.
 Warschau, 8. Juli. Sechs Personen, die beschuldigt sind, zugunsten der Sowjetregierung Spionage in Polen getrieben

zu haben, sind hier verhaftet worden. Die Angelegenheit erregt umso größeres Aufsehen, als die Verhafteten mit bekannten Abgeordneten politischer Parteien, mit militärischen und industriellen Kreisen in Verbindung gestanden haben sollen. Die Dokumente, die in den Besitz der Spione gelangten, wurden regelmäßig während einer vorgetauschten Spazierfahrt in einer Autodroische den Vertrauensmännern der hiesigen Sowjetgesellschaft übergeben. Der Chauffeur war in den Dandel eingeweiht. Das Oberhaupt dieser Spionage war der Direktor der polnischen Agrar-Handelsgesellschaft, der vor kurzem Bankrott machte. Dieser Ringen Jlinicz unterhielt gleichzeitig eine Spielhölle mit polizeilicher Erlaubnis, was darauf hindeutet, daß diese ihn ihrerseits zu irgendwelchen Zwecken benutzte. Wie dazu von anderer Seite noch berichtet wird, war das Haupt der Spionage, Jlinicz, früher russischer und seit 1920 polnischer Offizier. Auch seine Unteragenten waren größtenteils polnische Offiziere. Jlinicz soll in polnischen Offizierskreisen den sogenannten "Kommunistischen Generalsklub" organisiert und sich wichtige militärische Schriftstücke verschafft haben, von denen er dann photographische Absätze den Sowjetgelehrten in Warschau zuschickte.

Kritik am Marokko-Feldzug.
 Paris, 8. Juli. In der "Revue de Toulouse" veröfflicht heute der gut unterrichtete Publizist Tessan einen Artikel, der in politischen Kreisen ungewöhnliches Aufsehen erregt und die Regierung veranlassen dürfte, Stellung zu nehmen. Tessan stellt mit, daß die bisherige marokkanische Kriegführung es im wesentlichen an jeder Organisation fehlen ließ. Er beschuldigt insoweit den Marschall Douhet, als auch die Generale schwerer Verfehlungen. Seine Kritik richtet sich darauf, daß im Hauptquartier des Marschalls Douhet eine ausgebrochene Uneinigkeit herrsche. Die maßgebenden Militärs wären stets miteinander in hitzige Diskussionen verwickelt, während Abd el Krim die Initiative überlassen bleibe. Auch für den moralischen Zustand der Truppen äußert sich Tessan sehr ungünstig. Er betont, daß sich keine privaten Nachrichten mit den der Regierung zugehenden Informationen decken. An einem Erfolg von Friedensverhandlungen unter den heutigen Umständen glaubt Tessan nicht, denn die Erfahrung zeige, daß Abd el Krim fest entschlossen sei, bis zum Erringen der Unabhängigkeit des Rifgebietes den Kampf zu führen. Demgegenüber freut es sich, welchen drastischen Wert die Erklärungen Painlevés und Triandis über die französischen Friedensvorschlüge an Abd el Krim besitzen können. Hier glaubt niemand mehr an die Möglichkeit eines Friedens durch Verhandlungen. Es wird von einer langen und schweren Kampagne in Marokko gesprochen.

Die Vollstreckung des Moskauer Urteils ausgefragt.
 Moskau, 8. Juli. Das Gnabengesuch der Eltern Kindermanns, Wolschs und des Verteidigers von Dittmar ist dem Zentralerhebungsamt am 4. Juli zugegangen. Kalinin hat gestern verfügt, daß die Vollstreckung des Urteils vorläufig ausgesetzt werde, bis der Entscheid des Präsidiums der Zentralerhebungsamt über die persönlichen Gnabengesuche Kindermanns und Wolschs vorliegt.

Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung
E. Lederer & Cie.
 Westliche 2 Pforzheim Marktplatz
 Nur beste Qualitäten bei billigsten Preisen!

Oberamtsstadt Neuenbürg.
 Am Samstag den 11. Juli einschl. der beiden darauffolgenden Samstage muß die
Stromzufuhr
 von nachmittags 3 Uhr ab wegen Leitungsreparaturen unterbrochen werden.
 Städt. Elektrizitätswerk.

Höfen a. G., den 8. Juli 1925.
 Statt Karten.
 Für die wohlthuende Anteilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Entschlafenen, allen, die ihm während seiner Krankheit Freundlichkeit erwiesen, die ihn durch ihr Geleite zur letzten Ruhestätte, durch Kranzspenden und Gesänge ehrten, sei auf diesem Wege
herzlicher Dank
 gesagt. Besonders danken wir für die Ehrungen am Grabe von Seiten der Herren Vertreter der Lehrerschaft von Höfen, des Bezirkslehrervereins, der Kirchengemeinde und der Schüler.
 Familie Schmid.

Witt a' sch's Brenneite hao?
 Ruafcht zum Schwarz en Höfa gao',
 Name-Hammer schmud un' sei
 Billig on', was no la' sei
 Gabelmaß un' dekla Sacha,
 Tuat er alles preiswert macha.
 Ferner tuat er fabriziara:
 Zahla an' zum Nummeriara
 So bia Diela un' bia Brett,
 Nomma d' Maieleser net,
 Ra's do sehla? Geldastrohl
 Romm no' un' b'chtell ei's amol!

Schwarzwald-Bezirks-Verein Schömburg.
 Am Sonntag, den 12. Juli geht der Verein zur
Haupt-Versammlung nach Calw.
 Abmarsch 5.30 Uhr morgens an der "Linde". In Anbetracht der Nähe dürfte hoffentlich eine stattliche Teilnehmerzahl zu erwarten sein.
 Der Ausschuss.

Geldgeber
 mit 20 bis 40000 M. oder
stille Teilhaber
 mit mindestens je M. 5000.—
 von äußerst entwicklungs-fähiger G. m. b. H. gesucht. Sicherstellung an erster Stelle.
 Angebote unter Nr. 3456 an die "Enztäler"-Geschäftsstelle.

Virkenfeld.
 Wir empfehlen unsern
Lastkraftwagen
 (Radegewicht 100 Ztr.) für
 Fuhrten jeder Art.
 Gebr. Mauerbal,
 Telefon-Amt Pforzheim Nr. 64.

Stadtpflege Neuenbürg.
Kirchenvorverkauf
 morgen Freitag abend. Zusammenkunft um 7 Uhr beim Bezirkskrankenhaus.
Schulbad.
 Nächsten Samstag kann wegen Bauarbeiten nicht gebadet werden.
 Stadtpfleger Essig.

Ein gutes Rezept
 für Jeden, der über Kopfschmerzen und Schuppenbildung zu klagen hat, lautet: Man nehme 1 Liter warmes Wasser, dazu ein Päckchen Schaumpon mit dem schwarzen Kopf und ein Päckchen "Schwarzer Kopf".
 Herst.: Hans Schwarzkopf, Berlin.

Stempel-Riffen
 und
Stempel-Farbe
 stets vorrätig in der
 E. Nechthorn Buchbldg.
 Inh.: D. Strom.

Steckenpferd-Seife
 die beste Liliemilchseife für zarte weiße Haut
 Carl Mahler, Seife-Fabrik, Ad. Lustnauer Nachf. in Neuenbürg.
Zu vermieten
einstodiges Fabrikgebäude
 mit circa 850 qm Arbeits- und circa 300 qm Lagerräume in Neuenbürg.
 Offerten sind zu richten unter Nr. 3550 an die Geschäftsstelle des "Enztäler".
 Zum sofortigen Eintritt werden je zwei tüchtige

Gattersäger u. Blaharbeiter
 gesucht
 Gebr. Mayer, G. m. b. H., Sägewerk, Herrenalb.

Zu verkaufen:
 1 Rubelwellmaschine,
 Walzenlänge 50 cm,
 1 Schneidmaschine,
 Einlauf 10 cm.
 Preis nach Uebereinkunft. Zu erfragen in der "Enztäler"-Geschäftsstelle.
 Schömburg.
ff. Branntwein
 zum Ansehen,
 per 1 Str. Nr. 250.
 Adolf Theurer, Tel. 17.

Bimsand-Zementdielen
 treffen ein. Lieferbar ab Waggon zu äußerst günstigem Preis. Bei Bedarf rufen Sie bitte sofort telefonisch an.
 Virkenfelder
 Baumaterialien- Großhandlung.
 Inh. W. Hildebrand,
 Telf. 16. Virkenfeld. Telf. 16.